

Rheinische Nachrichten

Braubacher Zeitung — Anzeiger für Stadt und Land

Mittagszeitung im Kreise St. Goarshausen.

Erseht täglich
mit Ausnahme der Sonn- und
Feiertage.

Inserate pro 6gepaltene
Zeile oder deren Raum 40 Pfg.
Reklamenzeile 1,— M.

Amtsblatt der

Verantwortlicher Redakteur: A. Semb.
Geschäftsstelle: Friedrichstraße Nr. 18
Redaktionschluss 10 Uhr vormittags.
Fernsprecher Nr. 30.



Stadt Braubach.

Druck und Verlag der Buchdruckerei von
A. Semb in Braubach.
Postfachkonto Nr. 7639 Frankfurt/Main.
Bankkonto: Nassauische Landesbank.

Bezugspreis

monatlich 3,— Mark,
durch die Post bezogen viertel-
jährlich 9,— Mark,
von derselben frei ins Haus
geliefert 9,45 M.

Nr. 234

Braubach a. Rhein, Mittwoch, den 3. November 1920.

30. Jahrgang.

Zeitung für eilige Leser.

Nach einer Meldung aus London beträgt die Zahl der Arbeitslosen nach einer amtlichen Statistik, die am Samstag veröffentlicht worden ist, am 28. Oktober 402.694 gegen 447.21 am 8. Oktober.

Der Parteitag der belgischen Sozialisten stimmte mit 10173 gegen 76325 gegen den Anschluss an die dritte Internationale.

Die Besetzung des Bürgermeisters von Cork fand unter großer Beteiligung der Bevölkerung, jedoch ohne jeden Zwischenfall statt.

Die Bergarbeiter des Beckens von Charleroi haben heute den Ausstand begonnen, nachdem ihre Forderungen am 1. November nicht bewilligt worden sind.

Die Bolschewisten haben auf der ganzen Front die Offensive aufgenommen. Die Truppen Wrangels müssen sich zurückziehen. Sie haben Berdianski und Alexanrowski getötet.

Die Lage im Osten.

Aus London wird gemeldet: Der Vormarsch der ukrainischen Armee dauert fort. Die Ukrainer haben Kasatin an der Bahnlinie Kiew-Odessa genommen und so die Verbindung zwischen der Roten Armee und Kiew abgeschnitten.

Davas meldet: General Wrangel teilt aus Jekaterinow dem Uebertritt einer bolschewistischen Division in der Stärke von 175.000 Mann mit. Die Kavallerie Wrangels kreuzt 10 Meilen nördlich von Jekaterinow.

Aufbruch in Südrussland.

Aus Paris wird gemeldet: Die Gebiete von Odessa, Kiew und Cherson befinden sich im heftigen Aufbruch. Die Bolschewisten ziehen sich fluchtartig zurück und verlassen, eine neue Verteidigungslinie bei Kiew zu finden. Odessa, mit dem keine Eisenbahn- und Telegraphenverbindung mehr besteht, soll von den Bolschewisten geräumt werden. Große Teile der bolschewistischen Truppen gehen zu den Aufständischen über.

Die Blutarbeit der Sowjetrepublik.

In der Moskauer „Iswestija“ berichtet der Vorsitzende der Moskauer außerordentlichen Kommission zur Bekämpfung der Gegenrevolution, der Spekulation und der diebstahlartigen Verbrechen, Wiling, über die Tätigkeiten der Kommission in den ersten 9 Monaten des Jahres 1920. Es wurden in Moskau und im Moskauer Gouvernement insgesamt 17.424 Personen verhaftet. Von diesen wurden auf Verordnung der Kommission, d. h. außergerichtlich 181 erschossen, 19 in Geiselnahme und 1401 Konzentrationslager eingeliefert, 755 Strafgewerkschaften und 2975 anderen Behörden, darunter den Gerichtsbehörden, zugeführt. 1399 inausgelassene

Das Merkblatt für Eheabschließende.

Seeben veröffentlicht das Reichsgesundheitsamt den Wortlaut des neulich bereits angekündigten Merkblattes für Eheabschließende. Dieses Merkblatt soll der Standesbeamte den Verlobten und denen, deren Einwilligung zu der Berechnung nach dem Gesetze erforderlich ist, vor Anordnung des Aufgebots ausshändigen. Nach einleitenden Sätzen über die Bedeutung der Gesundheit für Ehe und Nachkommenschaft werden als besonders anheißvoll die Tuberkulose (Schwindel) sowie die Geschlechts- und Geisteskrankheiten besprochen. Nicht minder verderblich wirken Trunksucht und Morphium- oder Kokainmissbrauch. Für jeden der Heiratenen will, ist es seine Pflicht, dass er sich vorher vergewissert, ob der wichtige Schritt zur Berechnung mit seinem Gesundheitszustand sich vereinbaren lässt. Für das Geschehen dieser Prüfung tragen neben den Verlobten die Verantwortlichen auch die Eltern der Brautleute und Vormundschaftspersonen und sonstige Elternvertreter, die rechtlich und sittlich jederzeit für das Wohl ihrer Pflegebefohlenen zu sorgen verpflichtet sind.

Verlobter und Verlobte, jeder von beiden, sollen zu einem Arzt, der ihr Vertrauen genießt, gehen und ihn um sein unabhängiges Urteil bitten. Zu Besorgen liegt kein Grund vor, denn der Arzt muß Verschwiegenheit wahren. Ist sich sogar strafrechtlicher Verfolgung aus, wenn er diese Pflicht verläßt. In der Regel wird die ärztliche Untersuchung nur die Bestätigung der Heiratsfähigkeit bringen. Schon ist die bange Sorge, untauglich für die Ehe zu sein, durch die ärztliche Untersuchung, behoben, in vielen Fällen können wertvoller ärztlicher Rat zur Behebung eines der Berechnung nicht weiter hinderlichen Leidens gegeben werden. Von dem Ergebnis der ärztlichen Untersuchung sollen die Brautleute geneletta, bevor sie den endgültigen Entschluß zur Berechnung fassen, unterrichten oder sich durch Vermittlung ihrer Eltern, Vormünder oder sonstigen Elternvertreter Kenntnis geben. Wer dies unterläßt, begeht schweres Unrecht, das sich bitter rächen kann.

Wer aber weder rein menschlichen Gefühlen noch dem Rufe des Gewissens Gehör gibt, der sei darauf aufmerksam gemacht, daß nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch eine Ehe für

Schreiber wurden in Korrekturen enthalten untergebracht Die Tätigkeit der Kommission empfindlich, im ersten Vierteljahr zahlreiche anarchistische, sozialrevolutionäre und marxistische Verbände anschieben.

Die innere Lage in Russland.

Aus Sowjetrußland werden, der „Neuen Zürcher Zeitung“, neuerdings wieder eine Reihe von Attentaten auf angesehene Kommunistenführer in verschiedenen russischen Städten gemeldet. So wurde in Gorky der Volkstommissar des Militärwesens auf dem Heimweg durch eine Bombe getötet. In Slatka wurde während einer Sitzung des Ortsowjets von unbekannter Hand ebenfalls eine Bombe in den Sitzungssaal geschleudert, wodurch drei Mitglieder des Sowjets getötet und mehrere andere verwundet wurden. Im Departement Irkutsk wurde der Kommissar für Meerwesen der Roten Division von unbekanntem Täter ermordet. In Blatoust verschwanden zwei hervorragende Mitglieder der außerordentlichen Kommission unter geheimnisvollen Umständen. Ihre Leichen wurden in schredlich verstümmeltem Zustande gefunden. Die Gegend von Perm ist der Sitz einer umfassenden antibolschewistischen Bewegung. Die Aufständischen, die gut mit Waffen ausgerüstet sind, suchen die umliegenden Ortschaften ab, machen die Kommunistenführer nieder, fordern die Bevölkerung zur Empörung auf und gewinnen unter den Bauern täglich neue Anhänger. Die geringen bolschewistischen Kräfte sind der Bewegung gegenüber völlig machtlos.

Schiffscherin in Frankreich.

Schiffscherin hat an den französischen Ministerpräsidenten Poincaré einen Entschuldigungsantrag, in dem er ausdrücklich darauf hinweist, daß Osteuropa nicht zur Ruhe kommen könnte, solange die Truppen des ausländischen Ukrainers Petljura ihre Angriffe fortsetzen. Sie würden mit Munition, Bekleidung und Lebensmitteln von Frankreich unterstützt. Frankreich habe Polen dazu getrieben, einen Krieg gegen Rußland zu unternehmen und schiene sich das Ziel gesetzt zu haben, die Leiden der Volksmassen in Osteuropa zu verlängern. Dagegen erhebt Sowjet-Rußland Protest und hoffe zuverlässig, daß die großen Massen des französischen Volkes willens seien, dieser Politik ein Ende zu bereiten.

Neue Gefahren für Englands Kohlenwirtschaft?

Aus London wird gemeldet: Die Regelung des Bergarbeiterstreiks wird in ganz England schon jetzt als eine vollendete Tatsache besprochen; aber schon beschäftigt die Möglichkeit zweier neuer Gefahren die englische Öffentlichkeit. Die eine ist, daß leicht ein neuer Streik entstehen könnte aus der Anwendung des Reglements, die andere Frage ist, daß die Ausfuhr englischer Kohle nunmehr so kurz vor dem Ende stehen könnte, daß die englische Regierung keine Möglichkeit mehr haben würde, die darauf bezugnehmenden

Garantien eingehalten und auch nicht mehr imstande sein werde, die in dem gestrigen Abkommen garantierten Lohnerhöhungen zu bezahlen. Tatsache ist, daß die englische Regierung eine Verpflichtung in dieser Richtung nur bis Ende März 1921 übernommen hat und von dort ab wird eine neue Lohnabgabe aufgestellt werden, die von einer Kommission ausgearbeitet werden wird. Man hat demnach nur eine Uebergangsperiode durchzumachen. Die englischen Kohlentransporteure schauen schon heute mit ängstlichen Augen nach dem amerikanischen Konkurrenz und die Unruhe, die die Kohlenhändler ergriffen hat, wird von der englischen Regierung nur geteilt. Man glaubt im Lande nicht so sehr an die Möglichkeit einer Fortsetzung des gegenwärtigen Streiks, als an der Möglichkeit, daß ein neuer Streik binnen kurzer Zeit ausbrechen könnte, weil die Bergleute ihre Lohnforderungen mit so großer Leichtigkeit durchsetzen konnten und dadurch voraussichtlich sehr geneigt sein dürften, halb wieder mit einer Streikandrohung zu kommen. Die englische Regierung wird von dem neugetroffenen Abkommen so weit berührt, daß es ihr unmöglich sein wird, in Zukunft die Preise für die englischen Exportkohlen zu erhöhen. Das wären die allgemeinen Konsequenzen des Systems des massierten Protektionismus, der in England ausdrücklich immer mehr Anhang findet und der wohl in konservativen Kreisen, wie auch in den Kreisen der Arbeitererschaft immer mehr an Boden gewinnt.

Am die griechische Thronfolge.

Die Schweizerische Depeschagentur erhält von Herrn Strecht, dem ehemaligen Minister des Königs Konstantin, die Mitteilung, daß die griechische Regierung durch ihren Gesandten in Bern beim Prinzen Paul wegen der Thronfolgefrage einen mündlichen Schritt unternommen habe, worauf der Prinz erwidert habe, daß er nach der Verfassung berufen sei, den Thron zu besteigen. Der griechische Thron gehöre vielmehr seinem Vater und Kronprinz sei sein älterer Bruder Georg, die beide niemals auf die ihnen zustehenden Rechte verzichtet und nur gezwungen für Vaterland verlassen hätten. König Konstantin mache die Rückkehr nach Griechenland lediglich von der freien Willensäußerung des griechischen Volkes abhängig, und er selbst würde nur dann die Krone annehmen können, wenn das griechische Volk sich unzweideutig dahin ausgesprochen, daß es die Rückkehr des Königs Konstantin nach Griechenland nicht wünsche und den Kronprinzen Georg von der Thronfolge ausschleife.

Aus Athen wird gemeldet: Die Benizelistische Presse meldet, daß die Frau des verstorbenen Königs, mit der er im vorigen Jahre eine morganatische Ehe eingegangen war, ein Fräulein Manos, demnächst Mutter wird. Sie hat von dem König eine hohe Geldsumme und ein großes Landgut erhalten. Auf Grund eines neuen Gesetzes wird Frau Manos als rechtmäßige Gattin des verstorbenen Königs angesehen.

Bermischtes.

* Tiefe Enttäuschung. Die „Braunschweigische Landeszeitung“ bringt folgende reizende verbürgte Szene aus dem Braunschweig eingeführten Pachteinigungsamt: Szene: Pachteinigungsamt einer braunschweigischen Ackerbürgerstadt.

Im Laufe der Verhandlung kommt die Frage zur Erörterung, wieviel Land Herr C. wohl ordnungsmäßig bewirtschaften kann.

Der Vorsitzende (hoher Jurist): Herr Sachverständiger, wieviel Morgen kann denn wohl jemand ordnungsmäßig bewirtschaften und abdüngen bei einem Viehbestand von zehn Kaninchen, einem Schwein und einer Ziege? (Verlegene Pause.)

Stimme aus dem Hintergrund: Einen Balkon...

Sprüche der Weisheit.

Man ist nur glücklich in der Hoffnung oder in der Enttäuschung; mag es vor oder hinter uns sein, das Glück ist immer fern.

Wisse das Wichtigste stets von dem Zufälligen zu unterscheiden und ersterem zu leben.

Äußere und tröste dich's doch kühnlich, wie bald jede Zukunft zur Vergangenheit wird!

Was nicht durchs Auge des Herzens in unsere Seele geht, gibt ein trübes Bild.

An den schlechtesten Zeiten, die kommen werden, sind die Frauen Schuld, aber auch die Zeiten haben sie ihnen zu verdanken.

Um die deutsche Kriegsschädigung.

Der Pariser „Matin“ glaubt zu wissen, daß die Verhandlungen zwischen der französischen und englischen Regierung über das Wiedergutmachungsproblem so weit gediehen sind, daß Lord Derby wahrscheinlich bald am Quai d'Orsay die endgültige Antwort überreichen werde. Einig sei man sich über die Sachverständigenkonferenz, die in kürzester Frist in Brüssel zusammenzutreten soll, der alsdann sehr rasch die Konferenz der Finanzminister und anderer Regierungsvertreter in Genf folgen werde. Dort würden die Deutschen mit beratender Stimme gehört werden. Der Streit drehe sich jetzt nur noch darum, ob die Wiedergutmachungsfrage endgültig vom Obersten Rat unter Zulassung der Deutschen geregelt werden solle und ob der Rat nur Pfänder und Bürgschaften oder auch die Höhe der Schuld festsetzen solle. Nach der englischen Auffassung solle der Oberste Rat in der ersten Frage das letzte Wort behalten. Nach der französischen sei nur der Wiedergutmachungsanspruch hierzu berechtigt.

Deutscher Beamtenstag.

Der zweite Beamtenstag des deutschen Beamtenbundes der mehr als 1 1/2 Millionen Beamte vertritt, hat folgende Entschlüsse angenommen:

Der vom 25. bis 27. Oktober in Berlin tagende zweite Beamtenstag des deutschen Beamtenbundes warnt Regierung, Volkvertretung und Öffentlichkeit in zwölfter Stunde, die letzte wirtschaftliche Widerstandskraft der Beamtenschaft durch kurzfristige Sparmaßnahmen zu vernichten und dadurch das Rückgrat des Staates zu zerbrechen. Voraussetzung für den Erfolg der unbedingt nötigen gerechten Lösung der Besoldungsfrage ist es, daß alle Wege beschritten werden, die geeignet sind, die Kaufkraft des Geldes zu heben. Während Arbeitslohn und werbendes Kapital bis zur Unerschöpflichkeit durch Steuern belastet sind, feiert die Spekulation mühelos Triumphe. Der zweite Beamtenstag verlangt, daß hiergegen endlich mit rücksichtsloser Energie vorgegangen wird. Insbesondere fordert er, daß jeder Mehrwert an Grund und Boden, der aus der Arbeit der Gesamtheit entsteht, die Grundrente sowie alle arbeitslosen Gewinne aus Monopol und Valutanot restlos den Zwecken der Allgemeinheit nutzbar gemacht werden. Nur hierdurch ist es möglich, die deutsche Volkswirtschaft wieder leistungsfähig zu machen und zu befestigen. Nur dann kann mit den Milliardenauswendungen für die Beamtensoldung eine wirkliche und wirksame Besoldungsreform geschaffen werden.

Der Schiedspruch im Bergbau für verbindlich erklärt.

Vom Reichsarbeitsministerium wird mitgeteilt: Nachdem die Reichsregierung die vom Reichs-Kohlenverband kürzlich beschlossene Erhöhung der Preise für Steinkohle beanstanden hatte, hat der Reichsverband den Schiedspruch über die Regelung der Preise im Ruhrkohlenbergbau vom 19. Oktober 1920 abgelehnt. Das Reichsarbeitsministerium hat hierauf den Schiedspruch nach der Mobilisationsverordnung vom 12. Februar 1920 für verbindlich erklärt, zugleich aber betont, daß damit dem Bergbau außerordentliche Lasten auferlegt werden, deren Ertragung nur möglich sein wird, wenn alle am Produktionsprozess Beteiligten mit voller Kraft und unter Ausnutzung aller Möglichkeiten an der Verringerung der Produktionskosten mitwirken.

Helgoländische Sonderposten.

Zu der Meldung, daß eine Vertretung der Insel Helgoland bei dem britischen Botschafter in Berlin gewiesen sei und Verhandlungen angeknüpft habe, die darauf hinausgingen, daß die Insel Helgoland wieder an England gegeben werden solle, wird dem „Hamburger Fremdenblatt“ auf Anfrage der Gemeindevorstellung in Helgoland mitgeteilt, daß dieselbe Vorgehen eine ganz private Angelegenheit der betreffenden Helgoländer ist und mit der Gemeindevorstellung selbst nicht das geringste zu tun hat. Es ist daher auch sehr zweifelhaft, ob die betreffenden Helgoländer berechtigt sind, im Namen der Mehrheit ihrer Gemeindeglieder zu sprechen.

Ueber die Audienz von Helgoländer bei dem englischen Botschafter in Berlin wird mitgeteilt, daß es sich um vier Personen handelt, die als Sprecher der Helgoländer beim englischen Botschafter vorstellig geworden sind, nachdem sie vorher von Lloyd George abgewiesen und vom britischen Amt in London dahin bedeutet worden waren, daß ihre Vergegenwärtigung in das Ressort des Völkerbundes gehöre. Die Helgoländer fühlen sich dadurch beschwert, daß die preussische Regierung die im Vertrag von 1890 den Helgoländern zugesicherten Reservate nicht halte und die alten Rechte und Gebrauche der Helgoländer nicht schütze. Besonders erheben sie Einspruch gegen die Einführung des preussischen Gemeindevorstandes in Helgoland, durch das die dort beschäftigten fremden Arbeiter in die Lage versetzt werden, schon jetzt die Helgoländer zu überstimmen. Von Landesverrat könne man, wie uns versichert wird, bei dem Vorgehen der Helgoländer nicht sprechen.

Eine Note des Generals Rollet.

General Rollet hat im Auftrage der internationalen Kontrollkommission an die deutsche Regierung eine Note gerichtet, die sich gegen die sogenannten Selbstschutzorganisationen wendet. Diese Selbstschutzorganisationen hätten nach dem Inkrafttreten des Friedensvertrages aufgelöst werden müssen, da sie in Widerspruch mit seinen Bestimmungen ständen. Trotzdem beständen aber noch solche Selbstschutzorganisationen. Soeben hätten sie sogar ihr Bestehen in Bayern öffentlich bekanntgemacht. Einem Weitschiesigen, ebenso auch in Bremen, wo sie trotz ausreichender Anwesenheit von Truppen Verwendung finden. Die Selbstschutzorganisationen seien nach den Bestimmungen der deutschen Regierung zwar verpflichtet, die Waffen bis zum 1. Oktober abzugeben, aber sie brauchen dieselben erst zu einem späteren Zeitpunkt abzuliefern. Er Befugnis darüber liege in den Händen des Entwaffnungskommissars. Seine Vollmacht erlosche am 1. März. Ein solcher Ausschub sei auch mit den Bestimmungen des Protokolls von Spa nicht zu vereinbaren. Darin wurde die Auflösung der Selbstschutzorganisationen gefordert; und deshalb richte General Rollet im Auftrage der internationalen Kontrollkommission die Frage an die deutsche Regierung, welche Maßnahmen getroffen sind um die Entwaffnung der Selbstschutzorganisationen zu beschleunigen und die Auflösung und Unterdrückung solcher Organisationen sicherzustellen.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 30. Oktober.

Abg. Schiffer (Dem.) betont: Wir dürfen keine Gelegenheit verpassen, immer wieder in die Welt hineinzurufen, daß der Friedensvertrag von Versailles ein Rechtsbruch und eine Vergewaltigung ist. Die Wilsonschen Punkte sollten eine neue Ära des Völkervertrages hervorrufen. Da der Vertrag von Versailles aber diese Punkte mißachtet, ist er ein Betrug an der ganzen Welt. Im Uebrigen kann nicht laut genug betont werden, welche Verwirrungen der Friedensvertrag angerichtet hat. Der Völkervertrag ist zum Gespött der Welt geworden. Englands schwierige Lage erkenne ich an. Rußland hat es eine harte Not zu tun und der gegenwärtige Riesenstreit bedroht seine Produktion. Der Redner nimmt sodann gegen die Ausführungen Scheidemanns Stellung und nimmt den General von Seeckt und die Offiziere in Schutz. Er gibt zu, daß zahlreiche Fehler begangen worden sind, aber die Tatsache sei den Militärs hoch anzurechnen, daß sie in strenger Pflichterfüllung sich der traurigen und schmerzlichen Arbeit der Abrüstung unterzogen haben. In Oberschlesien und die Ausführungen des Grafen Westarp betreffe, so meine er, daß ein Staatsmann die Dinge sehen müsse. Auch für Oberschlesien sei die Sozialisierung von großer Bedeutung. Diese Sozialisierung müsse nach den Angaben des Herrn Scheidemann selbst, eine vernünftige sein. Der Redner geht dann zum Etat über und fordert Sparsamkeit. Der Unwille und das Mißtrauen der Arbeiterschaft gegen den zehnprozentigen Abzug sei verständlich, da sie nicht überzeugt seien, daß auch die Reichen entsprechend herangezogen würden. Hier fehle es an der genügenden Aufklärung. Viel wichtiger wäre es, wenn man die Einziehung der Steuern den Industrie- und Handelsorganisationen überließe. Wenn die Sozialdemokraten nicht wollen, so dürfen sie nicht beklagen, wenn ohne sie regiert wird. Von der Regierung verlange er, daß sie nicht immer noch der Sozialdemokratie einschleife. An der Seite müssen die ewigen Unruhe und die Gewichte von Ministerflüchzerei aufhören, damit endlich mit dem Aufbau begonnen werden kann.

Abg. Pöhlmann (N. P.) bemerkt: Der Versaillesvertrag sei nur das Echo des Vertrages von Preß-Bromberg. Der Entente könne jetzt keine andere Macht entgegenreten, als die der organisierten Arbeiterschaft. Nicht nur in Westeuropa, auch in Ostland machten sich schon die Anzeichen ihrer Wirkung bemerkbar, anderwärts sei aber zwischen dem französischen und deutschen Militarismus kein Unterschied, und wenn es gegen die Arbeiterschaft oder den Bolschewismus ginge, würden beide sich im Dienste des Kapitalismus finden. Uns liegt nichts an der Sozialisierung. Wir wollen den Sozialismus, und zwar allein; wir werden für ihn kämpfen bis ans Blut. Eine Sozialisierung unter Schonung der Unternehmer sei eine Farce. Eine andere Sozialisierung werde sich aber in diesem hohen Maße nicht durchführen lassen. Alle Reitererionien müssen ungenutzt werden, um die Mobilisation der Arbeiterschaft vorzubereiten. Die neukommunistische Partei werde deshalb ihre Kräfte einsehen, um die Arbeiterschaft aufzuwecken. Bleibe es aber dabei, daß Minister Simonin General Brangal ein Courtisane-Verhältnis beobachteten wolle, sage er ihm schon jetzt den schärfsten Kampf an.

Abg. Müller-Branken (Soz.) polemisiert gegen die beiden Vorredner und betont, die Gewinnung der Arbeiterschaft erfolge nicht im Parlament, sondern in Volkssammlungen. Wegen des Kulturschändens, was in der Forderung der Herstellung der Dieselmotoren liege, habe auch seine Partei Einspruch erhoben. Zur Autonomiefrage in Oberschlesien meint Redner, Oberschlesien solle selbst entscheiden, ob es bei Preußen bleiben wolle; beim Reiche bleibe es lebensfähig. Das der Vertrag von Versailles revidiert werden solle, sei klar. Eine Revision könnten wir nur erreichen, wenn wir der Welt begehrlich machen könnten, daß bei uns ein neuer Geist eingezogen sei. Die Behauptung Westarps, daß die sozialdemokratische Partei das erreichte Schuldgeständnis unterzeichnet habe, stimme nicht, wenn der internationale Kapitalismus und der Chocra, so wie die Verblendung der bürgerlichen Machthaber in Wien seien als die Schuldigen bezeichnet worden. Die Mahnung zur Sparsamkeit fordere zur Nachprüfung heraus, ob im Heeresetat all die Pferde und Offiziere erforderlich seien. Das sei Pflicht jedes Abgeordneten. Scheidemanns Ausführungen wären mitbestimmt aus der Sorge um den Bestand der Republik. Die ewigen Punkte bedrohen die Existenz des Reiches. In der Völkervertrags-Angelegenheit solle der Redner den Standpunkt des Ministers, wünsche aber, daß ein allgemeiner Völkervertrag mit Einschluß Rußlands und Deutschlands zustande kommen möge. Müller greift sodann die Rechte an, weil sie in den Novembertagen keine Stimme für die Monarchie erhoben habe, jetzt aber so tue, als ob sie auch damals ihr Alter gewesen wäre. Redner wandte sich sodann gegen Dr. Heim, der sich über das Programm der bayerischen Volkspartei ausgelassen habe. Das eine monarchistische Bewegung in Bayern am Werke sei, sei klar, aber dafür sei in der deutschen Republik kein Platz. Im übrigen habe Bayern kein Recht, die Verträge mit dem Auslande abzuschließen, wenn das Reich auf Selbstschutz, wie ihn die Dreyfus darstelle, als zur Zeit selbstverständlich betrachtet werde, dann hätte auch die Arbeiterschaft das Recht, sich zu schützen. Die Uebergriffe nach Litauen gehören zu demselben Kapitel. Warum wird die mit dem Grenzschutz ligierte Sippe nicht durch die Reichswehr unterstützt? Erst wenn der militärische Geist in Deutschland endgültig begraben ist, werden wir im Ausland zur Abrüstung kommen. Der Entwaffnungskommissar habe nichts über die Ergebnisse der Entwaffnung der Einwohnerwehren in Preußen und Bayern gesagt. Bayern sei der Ort der Reaktion; auch General Ludendorff sei dort wieder aufgetaucht. Einen Sturz der Regierung wolle seine Partei solange vermeiden, als nicht die Deutsche Volkspartei die Durchführung ihres Wahlprogramms durchgeführt habe. Die Sozialisierung bemerke er, daß diese nicht etwa in preussischen Bahnen wandeln solle. Der Vorstoß der Sozialisierungskommission sei das zu erstrebende Ziel.

Reichswehrminister Gehler bezeichnet es als unangebracht, daß solche Uebergriffe in Dänemark erfolgt sein sollen, wie der Vorredner sie soeben besprochen habe. Er habe noch in einem Ferngespräch von dem Oberpräsidenten von Dänemark erfahren, daß die Gerüchte stark übertrieben wiedergegeben seien.

Nach einer Reihe persönlicher Bemerkungen tritt der Präsident, den Etat einstweilen dem Haushaltsausschuß zu überweisen, die Beratung aber fortzusetzen. Das geschieht demgemäß.

Weiterberatung Donnerstag, den 4. November, nachmittags 3 Uhr.

Die Slowake-Bewegung.

Die Loslösungsbestrebungen der Slowaken finden in einem Artikel „Eskal“, des amtschweizerischen Organes des slowakischen Nationalrats, ihren Ausdruck. In dem Artikel heißt es u. a., daß die Slowaken jetzt und in aller Zukunft nichts von den Tschechen wissen wollen. In dem Artikel, der die Ueberschrift trägt „Der 28. Oktober, ein Trauertag für die Slowakei“ und mit einem Trauertag beginnt, wird verlangt, für die Tschechoslowakei keine heller Steuer zu bezahlen und keinen Rekruten zu stellen. In einem zweiten Artikel, der von dem Präsidenten des Nationalrates ist, wird auf die Slowakei eine Bewegung hingewiesen, die man sich zum Vorbild nehmen müsse.

Kleine politische Nachrichten.

Der 9. November Feiertag in Sachsen.

Das sächsische Gesamtministerium beischloß den 9. November zum gesetzlichen Feiertag zu ernennen. Es wäre in dieser Sitzung fast zu einer Regierungskrise gekommen, da die demokratischen Minister sich energisch gegen die Festsetzung des Feiertags wandten. Da indessen die sozialdemokratischen Minister in der Mehrheit waren, ließen sie ihren Willen durch. Den demokratischen Ministern wurde freigestellt, der Öffentlichkeit zu sagen, daß der Beschluß gegen ihre Stimmen gefaßt sei. Mit Rücksicht auf die bevorstehenden Wahlen und die ohnehin notwendige Neuordnung der Regierung hat man darauf verzichtet, die Dinge auf die Spitze zu treiben.

Die Polizeiaffäre in München.

Infolge der schweren Anschuldigung der Sozialisten in der Kammer gegen die Münchner Polizei hat der Polizeipräsident mit den Vorsitzenden der Dezernate, dem Ministerpräsidenten die vorläufige Entbindung vom Amte angetragen. Der Ministerpräsident hat eine Amisuspensionierung des Polizeipräsidenten verweigert, weil er keinen Grund hierfür und keinen Grund zu den Anschuldigungen in der Kammer finde. Der Ausschuß der Kammer soll seinen Bericht in Kürze erstatten.

Zur Reichspräsidentenwahl.

Das Reichsgesetzblatt veröffentlicht die Verordnung über die Wahl des Reichspräsidenten. Diese Verordnung lehnt sich möglichst an die Reichstagswahl an. Wann die Wahl stattfindet, steht noch nicht fest.

Abgang eines Kommunistenführers.

Der Reichstagsabgeordnete Dr. Paul Levi, Führer der kommunistischen Partei Deutschlands, ankerte in Bekantmachung, daß er sich vollständig vom politischen Leben zurückziehen und sein Reichstagsmandat niederlegen werde. Levi wird sich in Berlin oder Frankfurt, seinem frühem Wohnort, als Rechtsanwalt niederlassen.

Der Wohlfahrt entgegen . . .

Aus Amsterdam wird gemeldet: „Telegraaf“ betont als Grund ausführlichen statistischen Materials über die Entwicklung der französischen Ein- und Ausfuhr und Erzeugung es sei unzweifelhaft, daß bereits jetzt die wirtschaftliche Wiederherstellung Frankreichs sich mit einer Schmelze vollziehe, die kaum von jemand erwartet worden sei. Frankreich gehe einer Zeit blühender Wohlfahrt entgegen, welche zuerst durch das von den Deutschen zu großer wirtschaftlicher Blüte gebrachten Ueberbringen. Deshalb müsse kein Franzosen, der sein Land lieb habe, ein gesunder Optimismus erfüllen, die Zukunft Frankreichs könne nur durch Mangel an Vertrauen geschädigt werden.

Der irische Bürgerkrieg.

Aus einer von der Regierung veröffentlichten Statistik geht hervor, daß in der Woche vom 16. bis 23. Oktober in Irland 69 schwere Attentate begangen worden sind gegenüber 90 in der Vorwoche. Wie die Regierungsschritte feststellt, ist eine immer steigende Abnahme zu verzeichnen.

Präsidentenwahl in Mexiko.

Aus Berlin wird berichtet: Hier ist die Nachricht eingetroffen, daß die Präsidentschaftswahlen in Mexiko einen Sieg von Alvarez Obregon ergeben haben, der sein Amt am 1. Dezember antritt.

Der Achtfundentag in Schweiz.

In der schweizerischen Volksabstimmung ist das Geleit über die definitive Einführung des Achtfundentages in Eisenbahn-, Post-, Telegraphen- und Telefonbetriebe mit befristeten Abstimmungsstempeln mit rund 300 000 gegen 171 000 Stimmen beschlossen worden. Die Landwirtschaft, die Gewerbe und die Kleinbahnen bildeten die Opposition. Die Abstimmungsabstimmung betrug circa 67 Prozent.

Unpolitische Tageschronik.

Frankfurt (Main). (Die Millionendiebstahl auf dem Frankfurter Güterbahnhof.) Die Ermittlungen wegen der Millionendiebstahl auf dem Frankfurter Hauptgüterbahnhof haben zu weiteren Verhaftungen geführt. Die gefälligen Stempel wurden in der Wohnung einer Familie Bähler verhehrt gefunden. Die Schwester der Frau Bähler war die Geliebte des bei seiner Festnahme richterlichen Starke. Auch die Anfertiger der falschen Stempel wurden festgenommen, ebenso eine Anzahl Dieb. Von den gestohlenen Waren wurde ein Teil im Werte von 10 Millionen Mark wieder zur Stelle gebracht. Eine Frankfurter große Firma ist um Werte von 1/2 Million Mark beschlagnahmt worden.

Mainz. (Der Rhein-Main-Donaukanal.) In der letzten Stadtratsversammlung entspann sich eine lebhafte Debatte über die Aufhebung, die sich durch die Verwirklichung des Main-Donaukanal-Projekts für Mainz als Hafenort in der Zukunft eröffnen. Man ist der Ansicht, daß gerade Mainz als Ausgangspunkt für die den Mainstrom in engen Schlenkentreppen erklimmenden Schiffe eine so große Bedeutung unbedingt zukomme, daß sich der Mainstrom auf einem großen Rangierbahnhof für den zu erwartenden starken Schiffsverkehr ausbauen werde. Dieser Lösung Rechnung tragend, beantragte die Stadtratsversammlung, eine Veranschlagung von 1 000 000 Mark zur Schaffung von hochwasserfreiem Gelände in der Nähe der Kaiserbrücke. Auf dem Gelände sollen Lagerhallen, Werksanlagen, an denen es zur Zeit am meisten Mangel ist, trotz der zahlreichen Neuanlagen stark mangeln.

Kassel. (Eisenbahnunglück bei Münden.) In der vergangenen Nacht ereignete sich auf der Strecke Kassel-Münden in der Nähe der großen Brücke ein Eisenbahnunglück.

ein schweres Unfallsopfer. Eine...

Geminn. (Mord.) Der hier in der...

Koskol. (Entdeckte Schiebung.) Aus...

Herford. (Eindreher verhaftet.) Die...

Berlin. (Immer neue Betrugsmanöver.)...

Hamburg. (Probefahrt eines neuen Damp-...

Hamburg. (Raubüberfall auf einen Spiel-...

Wien. (Das Attentat auf die Nordbahn-...

London. (Obdachlosenunterstützung.)...

Vermischtes.

Leuerungszuschläge unpfändbar. Leuerungszuschläge...

Beurteilter Millionenheiber. Der frühere...

Am Fall Georg Kaiser. An das Bayerische Justiz-...

Amerikanische Ehecheidungen in Paris. Es...

Reiseerzählung aus hoher See. Nach einer...

Die Folgen ungenauer Adressierung. Bei der...

Reford eines Akkumulatorenzuges. Aus...

Misshandelter Postknecht. Die Verlobung...

Wünsche der Wirte. Der Zentralverband...

Herbstmarkt. Der heutige Herbstmarkt...

Kino in Braubach. Die für diese Woche...

Lohn Weiter im November. Die erste...

Westereport. Kalt, teilweise Schneefall.

Amliche Bekanntmachungen. Der Unterricht...

Amliche Bekanntmachungen. Der Unterricht...

Amliche Bekanntmachungen. Der Unterricht...

Amliche Bekanntmachungen. Der Unterricht...

Osram-Lampen. In allen Spannungen stets am Lager bei Gg. Ph. Cios, Braubach.

Suche noch einige Kunden im Neben. Fran Densner, Labnreierstraße 4. Glasöffner „Blitz“ schon Gummi und Gläser vor Bruch. Eisenhandlung Cios, Inhaber R. Gemmer. Stern-Anis Neugasse 2. offeriert Chr. Wieghardt.

Eine Partie
Koch- und gleichzeitige Heizöfen
 passend für kleine Haushaltungen
 eingetroffen Chr. Wieghardt.

gegen
Kartoffeln
 Fäulnis zu schützen
 empfiehlt es sich beim Einlegen derselben
Kalkstaub
 dazwischen zu streuen. Zu haben bei
Chr. Wieghardt.

Herbst- und Neuheiten
 in
Herren- und Knabenmützen
 nur allerbeste Stoffe zu mäßigen Preisen
 bietet an
Rudolf Neuhaus.

Cognac und Liköre
 wieder frisch eingetroffen.
Jean Engel.

HERDE
 weiße, email. und schwarze Gussherde
 empfiehlt

Eisenhandlung CLOS
 Inh.: Karl Gemmer.

Biber

zu Hemden in weiß und bunt,
 Zwirnstoffe zu Mannshosen,
 Manchester in raun,
 Molton in braun

a Meter 16 Mark.
 Kessel a Meter 18,50 Mark.
 Creton 17,50 Mark und höher.
 Wattierleinen, Sinsen-Flanel, Unter-
 rockstoffe
 in großer Auswahl und zu mäßigen Preisen bieten an
Geschwister Schumacher.

Taschenlampen

Hülsen, Birnen und
 Batterien

empfehlen
Eisenhandlung CLOS
 Inhaber: Karl Gemmer.

Estol und Palmin

wieder eingetroffen
 Emil Eschenbrenner.
 Frieda

**Sämtliche Mittel zur Haar- und
 Zahnpflege**
 offeriert

Marksbürg-Propaganda Chr. Wieghardt.

Neue Holz
Bollheringe

eingetroffen
 Rud. Schinkenberger Ww

Knobelpfannen
 in verschiedenen Größen bietet an
 Julius Rüping.

Cilsiter Käse
 vorzüglich im Geschmack, ist
 wieder eingetroffen.
 Emil Eschenbrenner.

**Für Braut-
 Ausstattung**
 empfiehlt in schönen Neuheiten:
 Kränze, Bouquets, Schleier,
 Caschentücher, Handschuhe,
 Unterröcke, Korsetts und
 Wäsche.

**Rudolf Neuhaus.
 Leinölkitt**
 empfiehlt

Haj. Mehl
 St. Co. Haser-Kaka,
 Schokolade-
 Puddingpulver,
 Dr. Geiters
 Puddingpulver,
 Sinners
 Puddingpulver,
 Malzema - Maidizin
 offeriert
 Chr. Wieghardt.

ff. Rübol
 empfiehlt
 R. Schinkenberger Wwe

**Süddeutsche
 Margarine**
 eingetroffen.
 Emil Eschenbrenner.

Schmierwurst
 geschmeckt in bekannt guter
 Qualität

Cervelatwurst
 in ganzen Würsten und im
 Aufschnitt.
 Jean Engel.

**Holländische
 Pflanzenmargarine**
 wirklicher Ersatz für Naturbutter
 empfiehlt
 Emil Eschenbrenner.

**Fahrrad-
 Bereifung**
 empfiehlt
 Eisenhandlung CLOS,
 Inhaber: Karl Gemmer.

Eine neue Sendung schöne große
**Handleiter-
 wagen**
 eingetroffen.
 120 Ztm. lang Mark 230,-
 180 " " " 240,-
 Chr. Wieghardt.

Für gelieferten Samen kann
ÖL
 abgeholt werden.
 Aug. Gran.

Reizende Neuheiten
 in Baby-Schuhen, Lätzchen,
 Mäppchen, Strümpfen,
 Röschchen, gestrickte Kleidchen und
 Öschchen
 alles in schöner Auswahl bei
Rudolf Neuhaus.

Ein zuverlässiger
Lagerarbeiter
 für dauernd gesucht.
 Chr. Wieghardt.

Neue Heringe
 empfiehlt
 Aug. Gran.

Fein gebrannt

Kaffee
 offeriert in 2 Qualitäten
 Chr. Wieghardt.

Käse
 offeriert in 2 Qualitäten
 Chr. Wieghardt.

Pa. Tafel-Margarine
 sowie
Velmbutter
 eingetroffen.
 Anauft Gran.

Glas
 Rohglas, Fensterglas,
 Drabtblas,
 Matt- und Mouselingslas,
 Vordüren und bunte Eden,
 Ornamentglas in verschiedenen
 Mustern und Farben.
 Kathedralglas in hell und grün
 empfiehlt
 H. Mey, Glasmeister.

Prima Rübol
 in bekannter Qualität wieder
 eingetroffen.
 Jean Engel.

Spazierstöcke
 Rud. Neuhaus.

Dezimal- und Haus-
 haltungswaagen,
 Wand- und Schöckhaffe
 mühlen,
 empfiehlt
 Eisenhandlung CLOS,
 Inhaber: Karl Gemmer.
 Reich. Auswahl in
 gestrickten wollenen
**Herrenjaken,
 Untergosen,
 Flormalhemden,
 frocker und
 Hümpfe.**
 Rudolf Neuhaus.

**flüssiger
 Leim**
 ganze und halbe
 - Flaschen -
 neu eingetroffen.
 A. Lemb.

**Wassergarnituren,
 Kaffeesevieren,
 Teller und Tassen
 in Porzellan**
 eingetroffen bei
 Chr. Wieghardt.

Holzwaren
 - Teller, Kartoffelstampfer,
 Salzwäsche,
 Gemüße- und Gartenobel,
 Reifestoßen, Tischdränke,
 Puffdränke, Wägs- u. Puff-
 läden, Stuhlreihen, Wägs-
 trodner, Stoppfezer, Hand-
 halter, Servierbretter usw.
 empfiehlt in großer Auswahl
 Julius Rüping.

Eine neue Sendung
**Porzellan- und
 Glaswaren**

schöne Auswahl in
 Küchegarnituren, Waschgarnituren,
 Geburtstagstassen und anderen
 Geschenk-Artikeln
 eingetroffen
 Chr. Wieghardt.

**Unterhaltungs- und
 Reiselektüre**
 in sehr großer Auswahl neu eingetroffen.
Buchhandlung Wamb.

Eine Partie große
Leiterwagen
 wieder eingetroffen
 Chr. Wieghardt.

**Herren- und
 Knabenhosen**
 in bester Friedensware.
Knaben-Anzüge
 in Größe 1-12, zu äußerst billigen Preisen
 und guten Stoffen empfiehlt
Rud. Neuhaus.

**Einsay-Hemden, Normal-Hemden,
 gewebte Damen-Hemden,
 Unterhosen, Westen, Jacken,
 Blusen-schoner, Sweater in allen
 Größen, gestrickte Damen- und
 Kinder-Mäntel in guter Wolle
 und sehr schöner Auswahl.**
Geschw. Schumacher.

Schmidts- und Heils-
Maschinen
 wieder eingetroffen.
 Julius Rüping.

Zur Herbst- u. Winter-
 Saison
 empfehlen wir:

Preisw. Kleiderstoffe
 - Cheviot, Kollin- und Mantelstoffe -
 in uni, gestreift und farciert.
Geschw. Schumacher.